

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 20. Februar 1987

Blatt 357

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wiener Landtag (358-360)

Terminvorschau vom 23. Februar bis 6. März (361)

Friedhofsgärtnereien: Tariferhöhung gerechtfertigt (362)

Dank für Einsatz bei Großbrand (363)

Wiener Gemeinderat (364-370)

Brand im Steyr-Haus auf der Ringstraße (nur FS/19.2., 20.2.)

Samstag: Linien „40“ und „41“ wegen Umzuges unterbrochen (nur FS)

Wiener Landtag

Verabschiedung von Bundesräten

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages am Freitag wurde mit der Verabschiedung der Wiener Bundesräte Kurt HELLER und Dkfm. Alfred HINTSCHIG eröffnet. Landtagspräsident SALLABERGER würdigte die Verdienste der beiden Mandatäre in ihrer langjährigen Tätigkeit für Wien und Österreich.

IFragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), aufgrund welcher Überlegungen er das Areal des Alten AKH dem Bund als Geschenk angeboten habe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß die sachlichen Gründe dieser Überlegung in der Förderung der universitären Forschung, in der derzeitigen Raumnot der Universität und in der Verbesserung der Infrastruktur der umliegenden Bezirke liegen. Die Nutzung des AKH-Bereiches für universitäre Zwecke biete eine große Chance für Wien.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dr. KRASSER (ÖVP), aus welchem Grund er ein Rechtsgutachten über die Verfassungsmäßigkeit einiger Bestimmungen der 13. StVO-Novelle 1986 initiiert habe, die die Schaffung sogenannter Grüner Zonen für die Wohnbevölkerung betreffen, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß ja bereits ein entsprechender Versuch in Graz, Grüne Zonen in der Innenstadt einzuführen, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben worden sei. Die Stadt Wien habe sich durch ein Gutachten des anerkannten Verfassungsrechtlers Prof. Dr. WINKLER Klarheit über die diesbezüglichen Möglichkeiten verschafft. Das Rechtsgutachten sagt aus, daß eine entsprechende Regelung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde. Im übrigen gebe es auch ein Gutachten der Wiener Handelskammer gegen die Schaffung von Grünen Zonen. Darüber hinaus wäre es aufgrund des Meldegesetzes zu erwarten, daß nach Einführung von Grünen Zonen tausende Neumeldungen in der Innenstadt letzten Endes zu einer Verschlechterung der Parkplatzverhältnisse in diesem Bereich führen würden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. MANDAHUS (ÖVP), welchen Erfolg das noch von Ex-Bautenminister Übleis angekündigte Bauprogramm vom Bundeshochbauvorhaben für das Land Wien gehabt hat, antwortete LH Dr. ZILK, daß mehr Mittel als ursprünglich beabsichtigt vom Bund investiert wurden. Diese positive Entwicklung sollte, so hoffe er, auch unter dem neuen für Bauten zuständigen Minister fortgeführt werden. Zur Frage, warum es dennoch mehr arbeitslose Bauarbeiter in diesem Winter gibt, erklärte der Landeshauptmann, diese Situation könne sicher nicht auf mangelnde Impulse der öffentlichen Hand zurückgeführt werden, sondern entspreche auch vergleichbaren Werten in Deutschland und lasse sich mit der extremen Wittersituation in diesem Winter erklären. Was die angekündigten Arbeiten an Kulturbauten, für die große Mittel in Aussicht gestellt wurden, betrifft, sagte der Landeshauptmann, daß zwischen Beschluß und Realisierung notwendigerweise eine Vorlaufzeit liege. Sicher habe jedenfalls das Bauprogramm zur Vermeidung weiterer Arbeitslosigkeit beigetragen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. PETRIK (ÖVP), ob das Übereinkommen Wiens mit dem Bund vom Dezember 1986 über die Realisierung bestimmter Vorhaben termingemäß erfüllt wird, antwortete LH Dr. ZILK, daß für den Ausbau des Hochwasserschutzes, die Sicherung der Wasserversorgung, zur Reinhaltung der Donau, zum Ausbau der U-Bahn und der Schnellbahn, zur Errichtung von Park-and-Ride-Plätzen und zur Subventionierung von Privattheatern Maßnahmen entweder in Vorbereitung oder in Realisierung sind. Für den Zentralbahnhof gebe es Projekte, die jedoch

noch nicht konkretisiert werden können. Was das Projekt der Weltausstellung betrifft, gibt es, so Zilk, enge Kontakte mit Budapest, die unabhängig von der tatsächlichen Abhaltung einer Weltausstellung zu einem noch nicht fixierten Zeitpunkt jedenfalls große politische Bedeutung besitzen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Ilse FORSTER (SPÖ), welche die wesentlichen Punkte der Forderungen Wiens an die neue Umweltministerin sind, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), daß bereits beim Amtsantritt die Forderungen Wiens im Zusammenhang mit der Sonderabfallbeseitigung, der gesetzlichen Regelung der Altlasten, der Festlegung eines Smogalarmgesetzes, der Einführung eines Pfandsystems für bestimmte Verpackungen, der gesetzlichen Regelung für Umweltverträglichkeitsprüfungen und anderes deponiert wurden. In diesem Zusammenhang gibt es eine positive Willenserklärung der Ministerin, sagte Braun.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Vorarbeiten bisher für die Schaffung eines Nationalparks Lobau als Teil eines Nationalparks Donau-Auen geleistet wurden, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß die Umweltschutzabteilung mit einer Novellierung der Lobau-Verordnung beauftragt wurde. Als Vorarbeiten werden alle wissenschaftlichen Arbeiten und Projekte zusammengefaßt, um die Lobau als Kern eines künftigen Nationalparks zu erfassen. An Aufforstungskonzepten für künftig nicht mehr genützte Ackerflächen wird ebenso gearbeitet wie an Überlegungen für eine Nutzung dieser Flächen als Auwiesen oder für biologischen Landbau. Es werden ein Rohentwurf für ein Nationalparkgesetz ausgearbeitet und verschiedenste Verhandlungen mit zuständigen Stellen und Institutionen geführt. Nach ersten Expertengutachten, ergänzte Braun, würde ein möglicher Donauaufstau im Bereich von Wien viele Vorteile bringen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. HONAY (SPÖ), welche Auswirkungen die geplante Änderung des Abgabenänderungsgesetzes und die Beseitigung des sogenannten Luxussteuersatzes bei einer Reihe von Waren haben werde, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß der jährliche Steuerausfall laut Angaben des Finanzministeriums 1,4 Milliarden Schilling betragen werde. Mehreinnahmen in der Höhe von 300 Millionen Schilling durch erhöhte Kaufleistung würden diesen Ausfall allerdings auf 1,1 Milliarden Schilling senken. Ein Ausgleich dieses Abgangs sei durch die Erhöhung der Mineralölsteuer geplant. Dennoch ergebe sich ein Einnahmefall für die Länder und Gemeinden von 200 Millionen Schilling. Allein die Bundeshauptstadt Wien habe mit Steuerausfällen in der Höhe von 60 Millionen Schilling zu rechnen. Man habe daher den Finanzminister davon verständigt, daß die Länder und Gemeinden ein dringendes Interesse an Verhandlungen darüber haben, den Anteil an den Steuererträgen zu erhöhen.

AIDS-Mitteilung von Stadtrat Stacher

Angesichts der öffentlichen Diskussion über die tödliche Viruskrankheit AIDS dürfe man die Angst zwar nicht übertreiben, betonte StR. STACHER zu Beginn seiner Mitteilung an den Wiener Landtag, aber man müsse die Krankheit sehr ernst nehmen. In Österreich sind mit Stichtag 12. Februar 59 Fälle von AIDS-Erkrankungen registriert, in Wien sind es 27 Fälle, wobei die Erkrankten durchwegs den Risikogruppen Homosexuelle und Drogenabhängige angehören. Schwierig sei die Situation bei jenen Personen, die an sich gesund sind, bei denen jedoch Antikörper festgestellt wurden, und die damit die Infektion übertragen können. Bei Untersuchungen sowohl beim Roten Kreuz als auch in den Spitälern in Wien gab es 1.340 positive Antikörpertests.

Zur gesetzlichen Lage stellte StR. Stacher fest, daß entsprechend dem AIDS-Gesetz jede Erkrankung und jeder Todesfall zu melden sei und Ärzte verpflichtet werden, betroffene Personen aufzuklären. Nach dem Ärztege-

Forts. von Blatt 358

Forts. auf Blatt 360

setz bzw. dem ABGB kann die ärztliche Schweigepflicht bei aktueller Gefährdung durchbrochen werden, und nach dem Strafgesetz kann ein Virusträger, wenn er die Krankheit bewußt überträgt, mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden.

Zur medizinischen Situation betonte Stacher, daß bereits ein zweites AIDS-Virus festgestellt worden sei, und zwar an etwa 60 Personen in ganz Europa, aber noch nicht in Wien. Bereits 1983 wurde in Wien eine erste Broschüre zum Thema AIDS an Angehörige der Risikogruppen ausgegeben. Im vergangenen Jahr gab es einen Postwurf an alle Haushalte, und in der kommenden Woche werde eine weitere Postwurfsendung versandt. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat soll die Information an den Schulen verstärkt werden. Die Untersuchungen in den Spitälern im Rahmen epidemiologischer Untersuchungen und beim Roten Kreuz werden fortgesetzt. Insgesamt wurden in Wien in den letzten Jahren bereits mehr als 380.000 AIDS-Tests durchgeführt. Bei den Bluttransfusionen wird bereits seit mehr als eineinhalb Jahren dafür gesorgt, daß die Blutkonserven sicher sind. Aus Mitteln des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters wird nun ein neues Forschungsprojekt zur Abkürzung der Zeit für die Bestimmung des AIDS-Virus finanziert. Samen-spenden dürfen nur untersucht weitergegeben werden.

Er freue sich darüber, sagte Stacher, daß es eine gemeinsame Haltung aller Fraktionen des Wiener Landtages und den Antidiskriminierungsbeschluß des Wiener Stadtsenates gebe. Wien wendet sich damit gegen jegliche Diskriminierung von AIDS-Erkrankten. Es sei aber alles zu unternehmen, um die Mitmenschen vor Ansteckung zu bewahren.

Grundsteuerbefreiungsgesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1973. Das neue Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Immunität

Die Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung von LAbg. Dr. Erwin HIRNSCHALL (FPÖ) wegen Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede und Mag. KAUER (ÖVP) wegen Verdachtes der Kreditschädigung wurden auf Empfehlung des Immunitätskollegiums einstimmig abgelehnt.

Debatte über AIDS-Mitteilung

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er halte die von der Stadt Wien getroffenen Maßnahmen für richtig und human. Die Bluttests sollen wie bisher unter Garantie, daß es zu keiner Diskriminierung kommt, fortgesetzt werden. Unverständlich sei die Weigerung des Bundes, mit der Stadt Wien in dieser Frage zu kooperieren.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sprach sich ebenfalls für die Maßnahmen der Stadt Wien aus. Als besonders wichtig bezeichnete sie den weiteren Ausbau der Informationsmöglichkeiten für Fachleute und die Bevölkerung. Hier habe die Stadt Wien durch ihr Zögern einen Fehler gemacht.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) entgegnete, daß eine Information in derart heiklen Fragen auch zum richtigen Zeitpunkt erfolgen müsse. Dies sei in Wien geschehen. Die getroffenen Maßnahmen, die erfreulicherweise von einem breiten Konsens gestützt werden, seien auch im Sinne der Toleranz und Freiheit voll zu vertreten.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 11.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 359

Terminvorschau vom 23. Februar bis 6. März

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. Februar bis 6. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 23. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

12.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal und StR. Edlinger „Wohn- und Sozialpolitik in Wien“ (PID)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Helmut GENITHEIM, Anton HARTIG, Stephan MALCZEWSKY, Otto POHANKA, Hofrat Dr. Leonhard RIEMER und Franz MOSGÖLLER (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 24. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 25. FEBRUAR:

13.00 Uhr, Sitzung des Kontrollausschusses

19.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr und StR. Mrkvicka

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl über HBW (HBW)

MONTAG, 2. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an ao. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE und Hofrat Mag. Dr. Franz PATZER (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.30 Uhr, Ehrenmedaillen-Überreichung durch Bgm. Zilk an Kammer-sänger Hans BEIRER (Arbeitszimmer Bgm.)

DIENSTAG, 3. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Überreichung der Kainz-Medaillen 1986 durch StR. Mrkvicka (Wappensaal, Rathaus)

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Ministerialrat Mag. Josef RADLEGGER, Oberstudienrat Hofrat Dr. Fritz WOLFRAM und Liselotte KLAMMER (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MÄRZ:

9.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an S. E. ao. und bev. Botschafter von Japan Ryohei Murata (Roter Salon, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Senatsrat Dipl.-Ing. Karl ABULESZ, Branddirektor (Arbeitszimmer Braun)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Literatur im März“ (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

DONNERSTAG, 5. MÄRZ:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Smejkal „Pensionistenheime“ (PID)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 6. MÄRZ:

VORAUSSICHTLICHER TERMIN!

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann, Jury „Donauraum Wien“ (Messepalast) (Schluß) red/gg

Friedhofsgärtnereien: Tariferhöhung gerechtfertigt

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Der FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ entstelle in seiner heutigen Aussendung zu den Städtischen Friedhofsgärtnereien die Tatsachen, erklärte Freitag Stadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Es sei zwar richtig, daß die Tarife der Städtischen Friedhofsgärtnereien um zehn Prozent angehoben werden sollen, der Grund dafür liege aber keineswegs in schlechtem Wirtschaften oder in der Tatsache, daß es sich um einen Gemeindebetrieb handelt.

In Wirklichkeit habe sich, so Hatzl, in den letzten Jahren die Preisdifferenz zwischen den städtischen und den privaten Gärtnereien immer mehr vergrößert. Da es nicht sinnvoll sei, jene Betriebe aus städtischen Mitteln zu subventionieren und damit den privaten Gärtnereien stärkere Konkurrenz zu machen, habe man sich zur Tariferhöhung entschlossen. Der soziale Aspekt bleibt dabei erhalten, da die privaten Gärtnereien auch nach der Tariferhöhung noch um 25 bis 55 Prozent teurer als die Städtischen Friedhofsgärtnereien bleiben. (Schluß) roh/rr

Dank für Einsatz bei Großbrand

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Helmut BRAUN sprachen am Freitag im Zusammenhang mit dem Großbrand im Steyr-Haus der Rettung, den Stadtwerken, der Polizei und ganz besonders der Feuerwehr ihren Dank aus. Durch den engagierten Einsatz aller Beteiligten konnte eine Katastrophe verhindert werden. (Schluß) red/gg

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), was unternommen werde, um eine das Stadtbild störende Einfahrt in die Tiefgarage auf der Freyung zu verhindern, antwortete Bgm. Dr. ZILK, er werde sich dafür einsetzen, daß es keine Beeinträchtigung gibt. Nach seiner Ansicht sollte eine Garagenabfahrt ohne jede Überbauung, eingebettet in eine Grünanlage, errichtet werden. Die Frage der Entlüftungstürme, für die es noch keine Baubewilligung gibt, werde der Angelpunkt für die Forderung an den Bauträger sein, das Projekt stadtbildschonend zu errichten.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Notwendigkeit bestehe, den dritten Direktionsposten beim Stadterneuerungsfonds nachzubesetzen, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß sich eine formale Notwendigkeit aufgrund der Satzungen ergibt. Was eine tatsächliche Nachbesetzung betrifft, werden, so Edlinger, in den nächsten Wochen Beratungen über die Struktur innerhalb des Fonds stattfinden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPÖ), ob Mieter in Gemeindewohnungen, die auf eigene Kosten Fenster tauschen ließen, dafür einen Kostenersatz erhalten, antwortete StR. EDLINGER, daß zwar rechtlich keine Veranlassung dafür bestünde, weil das Mietrechtsgesetz einen solchen Kostenersatz erst bei Auflösung des Mietverhältnisses vorsieht, die Stadt Wien werde jedoch einen Aufwand abzüglich eines zeitlich gestaffelten Pauschales zurückerstatten, der der allgemein durchgeführten Fensterinstandsetzung vergleichbar ist. Edlinger möchte, soweit sie sich nicht selbst bereits dazu entschlossen haben, die gemeinnützigen Wohnbauträger motivieren, dem Wiener Beispiel zu folgen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob über das Projekt eines Zentralbahnhofes seitens der Stadt Wien mit dem neuen Verkehrsminister Gespräche geführt wurden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß dies der Fall sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie weit der Stand der Verhandlungen sei und ob die behaupteten Kosten von fünf Milliarden Schilling richtig seien, stellte Vizebürgermeister MAYR fest, daß diese Verhandlungen in erster Linie zwischen dem Bund und den ÖBB geführt werden. Wien vertritt lediglich gegenüber den Bundesbahnen bestimmte Interessen hinsichtlich des Standortes. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, weshalb es in den letzten fünf Jahren hiebei zu unterschiedlichen Ankündigungen seitens verantwortlicher Politiker der Stadt Wien gekommen sei. Im Gegenteil stelle sich die ÖVP gerade bei Großprojekten mit unterschiedlichen Aussagen sehr oft gegen Wiener Interessen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), welche Auswirkungen der U-Bahn-Bau auf die Wiener Bauwirtschaft habe, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß die Wiener Bauproduktion in den ersten drei Quartalen 1986 nominell um 15,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen sei. Gerade der U-Bahn-Bau habe zu einer massiven Umschichtung zum Tiefbau geführt, der an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei. Durch Aufträge der Stadt Wien waren im Juli 1986 auf Wiens Baustellen 12.762 Menschen beschäftigt, um 13,5 Prozent mehr als im Juli 1985.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HÄUPL (SPÖ), ob es neue Untersuchungen über die Schwermetallbelastung der Wiener Gemüseanbaugebiete gebe, sagte StR. SEIDL (SPÖ), daß die jüngste Untersuchung aus dem Herbst 1986 stamme. Durch ein modernes Kontrollsystem wird das Gemüse in den Wiener Anbaugebieten ständig stichprobenartig überprüft. Die Bleiwerte sind seit Anfang 1985 durch den zunehmenden Straßenver-

Forts. von Blatt 364

kehr gestiegen, liegen aber unter den gesetzlichen Richtwerten. Bei Cadmium und Brom gebe es keine besonderen Veränderungen. Die Nickelwerte sind durch die Verwendung umweltfreundlicher Heizmaterialien auf die Hälfte gesunken, sodaß das Wiener Gemüse bedenkenlos konsumiert werden kann. Diese Untersuchungen werden weiter fortgeführt und sollen auch auf andere Untersuchungstoffe ausgeweitet werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie künftig eine klaglose Schneeräumung gewährleistet werde, stellte StR. BRAUN fest, daß der heurige Winter bei der Schneeräumung Probleme mit sich gebracht hat. Man müsse jedoch bedenken, daß innerhalb von zwei Wochen ein Meter Neuschnee gefallen ist, und es technisch nicht möglich war, flächendeckend den Schnee wegzuräumen. Die Gesamtkosten für die Schneeräumung betragen insgesamt 360 Millionen Schilling. Das Konzept bzw. die Logistik habe nicht versagt, es gebe aber nun eine Überprüfung des Konzeptes und der Prioritäten für die Schneeräumung. Schwierigkeiten habe es heuer sicher deshalb gegeben, weil Wien freiwillig aus Gründen des Umweltschutzes auf die Verwendung von Streusalz verzichtet. Für diesen Verzicht treten alle Fraktionen des Wiener Rathauses ein, betonte StR. Braun.

Neue Gemeinderäte angelobt

Als Nachfolger der Gemeinderäte Johann KNEIDINGER und Rudolf FREINBERGER, die ihre Mandate zurückgelegt haben, wurden Adolf LEHNER und Karl DAMPIER (beide SPÖ) als neue Gemeinderäte angelobt.

Freie Bühne Wieden

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte einen Produktionskostenzuschuß von 400.000 Schilling für die Freie Bühne Wieden.

Seine Fraktion, erklärte GR. PROCHASKA (ÖVP), könne diesem Antrag nicht zustimmen, weil die Freie Bühne Wieden regelmäßig aus der Kleinbühnenförderung mit monatlich 36.000 Schilling subventioniert werde. Abgesehen von einer Starthilfe habe die Freie Bühne Wieden mehrere Entschuldungssubventionen erhalten. Eine 400.000 Schilling-Zuwendung für eine einzige Produktion müsse man als willkürliche Förderungspraxis ansehen.

Die Freie Bühne Wieden, sagte GR. HANKE (SPÖ) habe 50 Eigenproduktionen und 38 Gastspiele in den 10 Jahren ihres Bestehens aufzuweisen. 123 Künstler seien beschäftigt gewesen, der Verein Freie Bühne Wieden habe 1.200 Mitglieder. 181.000 Besucher hätten die Produktionen gesehen, Gastspiele in der BRD, in Israel und Italien seien als ein Beitrag zur Werbung für Wien zu sehen. Die zu subventionierende Produktion werde ein Experiment in technischer Hinsicht darstellen und einen geringen personellen Aufwand erfordern, sagte GR. Hanke.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturverein Donaustadt

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte, dem Kulturverein Donaustadt für die Aktivitäten des Zentrums 22 und des Zentrums Kaisermühlen sowie für die dezentrale Kulturarbeit für das Jahr 1987 eine Betriebssubvention von 2,2 Millionen Schilling zu gewähren. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die seiner Meinung nach konzeptlose Programmgestaltung und die mangelnde Zusammenarbeit im Bereich des Kulturvereines Donaustadt, der zudem erst vor einem Jahr eine Sondersubvention für seinen Weiterbestand benötigt habe.

Forts. auf Blatt 366

Forts. von Blatt 365

GR. DALLER (ÖVP) wies darauf hin, daß die Bilanzen des Kulturvereines Donaustadt überhöhte Positionen für Rechts- und Beratungswesen sowie Zinsen und Bankspesen aufweisen. Der Kostenvoranschlag für 1987 erscheine unrealistisch, was man an den geplanten Aufwendungen für Energie ersehen könne, die weit unter denen der Vorjahre liegen. Generell bezeichnete GR. Daller die Effizienz der beiden Veranstaltungszentren als zu gering, es gebe kaum Aktivitäten außerhalb der Häuser, und in diesen großteils auch nur Vereinsversammlungen.

GR. STIEHL (SPÖ) entgegnete, daß gerade für einen flächen- und bevölkerungsmäßig großen Bezirk wie die Donaustadt zwei derartige Häuser notwendig seien. In beiden Häusern werde wichtige Basiskulturarbeit geleistet, wobei die Menschen sich selbst kulturell aktiv betätigten. Die Bilanzen des Kulturvereines Donaustadt seien in Ordnung, der Verein weise eine befestigte Struktur auf. Die FPÖ und die ÖVP seien freiwillig aus dem Verein ausgeschieden. GR. Stiehl sprach an beiden Parteien das Angebot zur Zusammenarbeit im Verein aus, der sich einem direkten Bürgerdienst für die Menschen des Bezirkes verschrieben habe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Subventionen für Sportorganisationen

GR. BROSCH (SPÖ) beantragte insgesamt 16,7 Millionen Schilling als Sportsubventionen.

GR. PUTZ (ÖVP) verlangte die getrennte Abstimmung zu diesem Geschäftsstück und befaßte sich eingehend mit der Subvention für die Errichtung der Eislaufhalle auf dem Eisring Süd. Er kritisierte, daß seit der ersten vom Gemeinderat beschlossenen Subvention eine Kostenexplosion stattgefunden habe und von den Steuerzahlern bereits 80 Millionen Schilling aufzubringen waren. Trotz der hohen Leistungen seien im Subventionsakt keine Abrechnungen zu finden. Um die Gesamtsumme von 160 Millionen Schilling, die die Realisierung des Projektes kostet, wäre es günstiger gewesen, mehrere kleine über das Stadtgebiet verteilte Anlagen zu schaffen. Das Wiener Sportamt sollte prüfen, an welchen Stellen drei kleine Kunsteisbahnen in unterversorgten Gebieten errichtet werden könnten. Den ÖVP-Vorschlag nach der Errichtung eines Eislaufplatzes auf dem Gelände des Laaer-Berg-Bades (wo Anlagen und Infrastruktur das ganze Jahr über genutzt werden könnten) habe die SPÖ nicht angenommen.

GR. BRIX (SPÖ) verwies auf die hohen Besucherzahlen auf dem Eisring-Süd und erläuterte, daß sie höher als bei allen anderen Wiener Eislaufplätzen sind. Er sei auch verkehrsgünstig erreichbar, anders als die seinerzeit von der ÖVP vorgeschlagene Großanlage auf Simmeringer Ackerland, wo es keine Infrastruktur gibt.

In seinem **SCHLUSSWORT** bekannte sich GR. BROSCH zur Subvention und unterstrich, daß die Mittel dem Breiten- und nicht dem Spitzensport zugute kommen, wozu der ASKÖ hohe Eigenleistungen beisteuert.

ABSTIMMUNG: Mit Ausnahme des Antragsteils über den Eisring-Süd wurde der Antrag einstimmig angenommen, dieser Teilbereich fand die Zustimmung von SPÖ und FPÖ.

Errichtung eines „Erlebnisbades“

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte die Bestellung eines Baurechts zugunsten der „Ekazent“ zur Errichtung eines „Erlebnisbades“ in Margareten.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien aus Steuermitteln die Errichtung eines „Erlebnisbades“ eines privaten Hotelbauers finanziere. Eine preiswerte Benützung des Bades durch die Bevölkerung werde, so Pawkowicz, ohne eine weitere Subventionierung kaum

Forts. auf Blatt 367

möglich sein. Zudem sei der niedrige Bauzins äußerst ungewöhnlich. Deshalb sei das vorliegende Vertragswerk verfehlt und nicht an den Interessen der Stadt orientiert.

GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP) sprach von einem „Investitionszuschuß“ aus öffentlichen Mitteln, der kaum offenkundige Vorteile aufweise. Der Bäderversorgung des 5. Bezirkes wäre mit einem einfachen Bezirksbad besser gedient. Die Ausstattung werde zu hohen Preisen führen und beweise fehlende Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß Margareten ein Bad brauche. Das „Erlebnisbad“ sei weder ein Hotelbad, weil es über 700 Meter vom derzeit entstehenden Hotel entfernt liege, noch dürfe und solle es ein Luxusbad werden. Die Ausstattung und Preisgestaltung werde am Bad in Oberlaa, dessen Attraktivität völlig unbestritten sei, orientiert sein. Es sei mit einer kostendeckenden Betriebsführung zu rechnen, sodaß der Stadt keine zusätzlichen Ausgaben entstehen werden, sagte Riedler.

GR. Ing. WORM (ÖVP) kritisierte, daß die Errichtung dieses Bades ohne öffentliche Ausschreibung erfolgt sei. Es sei zu befürchten, daß eine betriebswirtschaftliche Führung des Bades unsoziale Preise entstehen lasse. Das Risiko dieses Unternehmens bleibe daher beim Steuerzahler, unterstrich Worm.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Strompreissenkung

StR. HATZL (SPÖ) stellte den Antrag, den Stromtarif befristet bis zum Jahresende um sechs Groschen pro Kilowattstunde rückwirkend mit 1. Februar 1987 zu senken. Die Verbilligung des Tarifes sei durch die Neubewertung der Heizöllagerbestände und die Bilanzierungsvorschriften möglich geworden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete den Wiener Strompreis als zu hoch und urgierte einen einheitlichen Strompreis für ganz Österreich. Da die Einstandspreise und der Dollarkurs gesunken seien, hätte man sich schon länger eine deutlichere Strompreissenkung erwarten dürfen. Der Redner kritisierte weiters, daß hohe Beträge von den energieerzeugenden Betrieben an die Verkehrsbetriebe abfließen.

Die Strompreissenkung komme zu spät, sei zu gering, und außerdem seien die Kalkulationsgrundlagen der Wiener Stadtwerke falsch, sagte GR. STRATIL (ÖVP). Er kritisierte das Informationsblatt „24 Stunden“, da mit falschem Zahlenmaterial eine heile Welt vorgegaukelt werde. Mit der Argumentation, mit der diesmal der Stromtarif gesenkt wurde, hätte er bereits im Vorjahr gesenkt werden müssen.

Er verstehe es, daß der Opposition jede Tarifsenkung zu wenig sei, sagte GR. EDER (SPÖ). Die Senkung um sechs Groschen je Kilowattstunde mache jedoch in Summe mehr als 350 Millionen Schilling aus. Und die Stadtverwaltung bemühe sich, die niedrigst möglichen wirtschaftlich vertretbaren Tarife anzusetzen. Eder verwies darauf, daß Wien bereits 1983 den Stromtarif um fünf Groschen je Kilowattstunde gesenkt habe, während andere Bundesländer die Erhöhungen des Verbundstromes an die Konsumenten weitergegeben hätten. Aus den Erträgen der Wiener Stadtwerke müßten im Interesse der Umwelt hohe Investitionen getätigt werden. Eine größere Preissenkung sei wirtschaftlich nicht zu verantworten, es sei denn, man ließe die Substanz zu Lasten der kommenden Generationen verfallen.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) bezweifelte die Kalkulationsgrundlagen der Wiener E-Werke. An Hand von drei von neun Kalkulationspositionen, die der Rechnungshof etwa in Salzburg beanstandet hätte, ergebe sich für die Wiener E-Werke in den letzten fünf Jahren ein Mehrgewinn von mehr als

Forts. von Blatt 366

Forts. auf Blatt 368

drei Milliarden Schilling. Schon allein dadurch könnte der Tarif um 10,34 Groschen pro Kilowattstunde gesenkt werden. Daß die Berechnungen der Volkspartei richtig seien, zeige sich darin, daß die SPÖ eine Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen durch den Rechnungshof ablehne.

Eine Senkung des Tarifes um 4,4 Prozent, oder um sechs Groschen je Kilowattstunde, könne er nicht als geringfügig bezeichnen, betonte StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort. Durch die neue Tarifpolitik sei künftig nur mehr in Tirol und Vorarlberg der Strom günstiger als in Wien. Die Senkung des Tarifes sei auch dadurch möglich geworden, weil die E-Werke ordentlich wirtschaften.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Gaspreis

StR. HATZL (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Tarif der Wiener Stadtwerke-Gaswerke vom 1. Oktober 1986 über den festgesetzten Ablauftermin 30. April 1987 hinaus unverändert bis 31. Dezember 1987 in Kraft zu lassen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß Tarifsenkungen nur verzögert weitergegeben würden. Der Kursverfall des US-Dollars müsse sich auch auf den Gaspreis auswirken, der weiter gesenkt werden müsse. Ein kommunales Unternehmen wie die Wiener Stadtwerke-Gaswerke dürften nicht gewinnorientiert, sondern müßten nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten. Seine Fraktion, erklärte Pawkowicz, stimme der Verlängerung des befristeten Termins zu, erwarte aber eine weitere Gaspreissenkung.

Die Fristsetzung beim Gastarif sei unnötig, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Der Gaspreis erscheine seiner Fraktion aufgrund der Bewertung der eingespeicherten Gasvorräte immer noch zu hoch. Kreiner forderte gerechtere Energiepreise und die schnelle Weitergabe von Preisvorteilen an den Konsumenten.

Die SPÖ, erklärte GR. Maria KUHN (SPÖ), habe ihr Versprechen, die Tarife entsprechend der Einstandspreise zu gestalten, weitergegeben. Mit dem heutigen Beschluß würden die Gaswerke 1987 rund eine Milliarde Schilling an ihre rund 750.000 Kunden weitergeben. Kuhn machte auf die Investitionen der Gaswerke in der Höhe von 511 Millionen Schilling aufmerksam, die Impulse für die Wiener Wirtschaft darstellen.

Von 20 österreichischen Unternehmen, erklärte StR. HATZL abschließend, hätten 13 einen höheren Tarif als die Wiener Gaswerke. Der Abstand der fünf dahinterliegenden Unternehmen in der Preisgestaltung bewege sich in einem Grenzwert von einem halben bis dreiviertel Groschen pro Kubikmeter. Die Wiener Gaswerke hätten aber von allen Unternehmen die größte Tarifreduzierung vorgenommen. Hatzl erklärte, daß eine Bewertung der Erdgasspeichervorräte bereits vor dem Antrag zur Preissenkung im Oktober vorgenommen worden sei, der Einstandspreis aber seit Jänner wieder steige.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Städtische Friedhofsgärtnereien – Preiserhöhung

GR. HUFNAGL (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Neufestsetzung der Preise der städtischen Friedhofsgärtnereien. Die Preise sollen um rund 12 Prozent erhöht werden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß diese Preiserhöhung weit über dem Index liege und die städtische Friedhofsgärtnerei seit Jahren defizitär sei. Da sie keinen notwendigen kommunalen Auftrag versee, solle die städtische Friedhofsgärtnerei privatisiert werden.

Auch GR. GLÜCK (ÖVP) forderte die Privatisierung der Friedhofsgärtnerei. Diese verzeichne auch eine sinkende Tendenz bei den Aufträgen und

Forts. von Blatt 367

Forts. auf Blatt 369

könne in keiner Weise mit einem privaten Unternehmen konkurrieren. In dem BESCHLUSSANTRAG, in dem sich Glück für die Privatisierung der Friedhofsgärtnerei aussprach, forderte er auch die Privatisierung der ebenfalls defizitären städtischen Steinmetzwerkstätte.

GR. HUMMEL (SPÖ) wies darauf hin, daß erst eine 35prozentige Erhöhung die Preise der städtischen Friedhofsgärtnerei auf das Niveau der privaten Gärtnereien bringen würde. Die städtische Friedhofsgärtnerei müsse also schon wegen ihrer preisstabilisierenden Wirkung weiter geführt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Beschlußantrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

Heizkostenzuschuß für Dauersozialhilfebezieher

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung des Beschlusses, allen Dauersozialhilfebeziehern im Februar einen außerordentlichen Heizkostenzuschuß von 700 Schilling auszubezahlen.

GR. HAHN (ÖVP) erinnerte daran, daß die ÖVP bereits 1982 einen Antrag eingebracht hat, den Ausgleichszulagenempfängern eine Heizkostenbeihilfe von 1.000 Schilling auszubezahlen. Damals wurden die Kosten zwischen Bund und Wien im Verhältnis 50:50 geteilt. Nun habe der Bund die Zahlung seines Beitrages verweigert. Wien hätte 40 Millionen Schilling zur Abdeckung dieses Ausfalles bezahlen sollen, sagte Hahn.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie vereinnahme die Urheberschaft von Sozialleistungen gerne für sich. Mit der Heizkostenbeihilfe der Stadt Wien schaffe diese für bedürftige Menschen eine Erleichterung. Die Forderungen an den Bund nach Kostenbeteiligung wurden deponiert. Es sei Aufgabe der Pensionspolitik die Einkommen so zu regeln, daß der Heizbedarf gedeckt werden kann. Forster stellte fest, daß die Pensionen stärker gestiegen sind als die Inflation.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Soziale Urlaubsaktion

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte die Durchführung der Landaufenthaltsaktion für Dauersozialhilfebezieher und Behinderte.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß ihre Fraktion grundsätzlich zustimme, jedoch die Art der Durchführung kritisiere. Sie sprach sich gegen eine generelle Gruppenbetreuung von Pensionisten sowie für einen Direktzuschuß aus, der einen Einzelurlaub nach freier Wahl ermögliche, und brachte einen BESCHLUSSANTRAG dazu ein. Weiters forderte Petrik eine ähnliche Urlaubsaktion für kinderreiche Familien. Sie brachte einen zweiten BESCHLUSSANTRAG ein, in dem ein finanzieller Zuschuß zu Landaufenthalten für Familien gefordert wird.

GR. STRANGL (SPÖ) stellte fest, daß das hohe Durchschnittsalter der Pensionisten, die an der Landaufenthaltsaktion teilnehmen, eine Gruppenbetreuung rechtfertige. Die Form des unbetreuten Familienurlaubes mit eigener Gestaltungsmöglichkeit gebe es seit Jahren, erklärte Strangl.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die Beschlußanträge wurden dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Hofpavillon Hietzing

GR. BRIX (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Instandsetzung des Otto-Wagner-Hofpavillons in Hietzing 8,1 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) sprach sich dafür aus, den Pavillon sowohl als Museumsraum als auch für kulturelle Veranstaltungen zu ver-

Forts. von Blatt 368

Forts. auf Blatt 370

wenden. In einem BESCHLUSSANTRAG regte Regler an, einen eigenen Stiegenaufgang vom Bahnsteig der U-Bahn-Station Hietzing in den Pavillon zu schaffen.

GR. STEINBACH (SPÖ) verwies darauf, daß es diesen Stiegenaufgang seinerzeit gegeben habe. Die derzeitige Struktur lasse jedoch möglicherweise nur auf dem stadteinwärts liegenden Bahnsteig einen Aufgang zu. Derzeit werden vom Architekten entsprechende Pläne ausgearbeitet. Den Mehraufwand für diesen Stiegenaufgang bezifferte GR. Steinbach mit rund 1,2 Millionen Schilling.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde zugewiesen.

Altstadterhaltung

GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte im Rahmen des Altstadterhaltungsfonds rund 10 Millionen Schilling für die Instandsetzung von insgesamt 28 Objekten.

Man habe sich mit der derzeitigen Praxis der Subventionsvergabe, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), weit von den in den Statuten festgelegten Richtlinien des Altstadterhaltungsfonds entfernt. Es erscheine ihm zu großzügig, wenn im Rahmen des Altstadterhaltungsfonds Förderungswerber wie die Österreichische Realitäten AG, die Ärztekammer Wien, die Casino Austria AG sowie eine Versicherungsgesellschaft subventioniert würden. Man mache es den Förderungswerbern zu leicht und berufe sich zu wenig auf die moralische und kulturelle Verpflichtung großer Firmen bzw. Einrichtungen im Bereich der Stadtbildpflege.

Im Rahmen der regen Sanierungstätigkeit, erklärte GR. STRANGL (SPÖ), seien gerade große Objekte übrig geblieben. Man habe mit diesem Geschäftsstück einen Weg gefunden, mit relativ geringen Mitteln sozusagen einen Anerkennungsbeitrag zu den Aktivitäten dieser Förderungswerber zu entrichten. Darüber hinaus sichere man sich mit den Förderungen die Mitarbeit des Bundesdenkmal- und des Kulturamtes und damit eine Einflußnahme auf die Gestaltung wertvoller Bausubstanz.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Flächenwidmungsplan Groß-Jedlersdorf

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und die teilweise Festsetzung des Bebauungsplanes für ein Gebiet von 23 Hektar in Groß-Jedlersdorf. GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte die nur teilweise Festsetzung des Bebauungsplanes, die zu Lasten der Bewohner in diesem Gebiet gehe.

GR. HENGELMÜLLER entgegnete in seinem Schlußwort, daß dieser Beschluß in der Bezirksvertretung Floridsdorf einstimmig gefaßt worden sei. Durch teilweise Offenhaltung des Bebauungsplanes soll die Teilung und Zusammenlegung der zu schmalen Grundstücke ermöglicht werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 18.05 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 369